

Gestaffelte Pensionserhöhung 2026 bringt Gefahren für Versicherungsprinzip und Generationsvertrag.

Wie darauf als Beraterin, Berater reagieren?

Der Nationalrat hat die Erhöhung der Pensionen für 2026 unter dem Eindruck massiver Budgetprobleme beschlossen. Wir berichten heute über die wesentlichen Eckpunkte und darüber, welche zukünftigen Probleme sich daraus ergeben können. Denn auf das - immer wieder als abgesichert bezeichnete - „staatliche Pensionssystem“ kommt ein enormer demografische Wandel durch die Pensionierung der Babyboomer-Generation zu. Das macht es in Zeiten von Sparbudgets immer unwahrscheinlicher, dass der Staat wie bisher die Defizite des Pensionssystems abdecken kann. Darauf sollten Sie wertvolle Beraterin, wertvoller Berater unbedingt eingehen, um im Gespräch mit Ihren Kunden das **Problembewusstsein für private Vorsorge** zu heben. Wie Ihnen das gut gelingen könnte, dafür haben wir einen praktischen Tipp parat.

Was wurde beschlossen?

Um die Kaufkraft der Pensionisten zu erhalten, werden diese jährlich an die Inflation angepasst. Aus Budgetgründen wurde heuer eine Staffelung vereinbart: Ab 1. Jänner 2026 werden Pensionen bis zu **2.500 Euro brutto vollständig an die Inflation angepasst – konkret um 2,7 %**. Für Bezüge darüber hinaus gibt es lediglich einen **Fixbetrag von 67,50 Euro**.

Wichtig: Es zählt das Gesamtpensionseinkommen, also die einzelnen Pensionsleistungen – etwa Alterspension und Hinterbliebenenpension - werden zusammengezählt. Das wäre in der Vergangenheit nicht passiert, so die NEOS und führe zu Einsparungen. D.h. für Pensionen bis zu 2.500 Euro wird der gesetzliche Anpassungswert umgesetzt. Höhere Pensionen erleiden ein **realen Einkommensverlust**. Laut Sozialministerin Korinna Schumann sei der finanzielle Spielraum begrenzt gewesen, dennoch sei eine „sozial gerechte Lösung“ gelungen. Rund 71 % der Bezieher würden den vollen Teuerungsausgleich erhalten, berichtete sie in KRONE und STANDARD.

Graphik: DER STANDARD

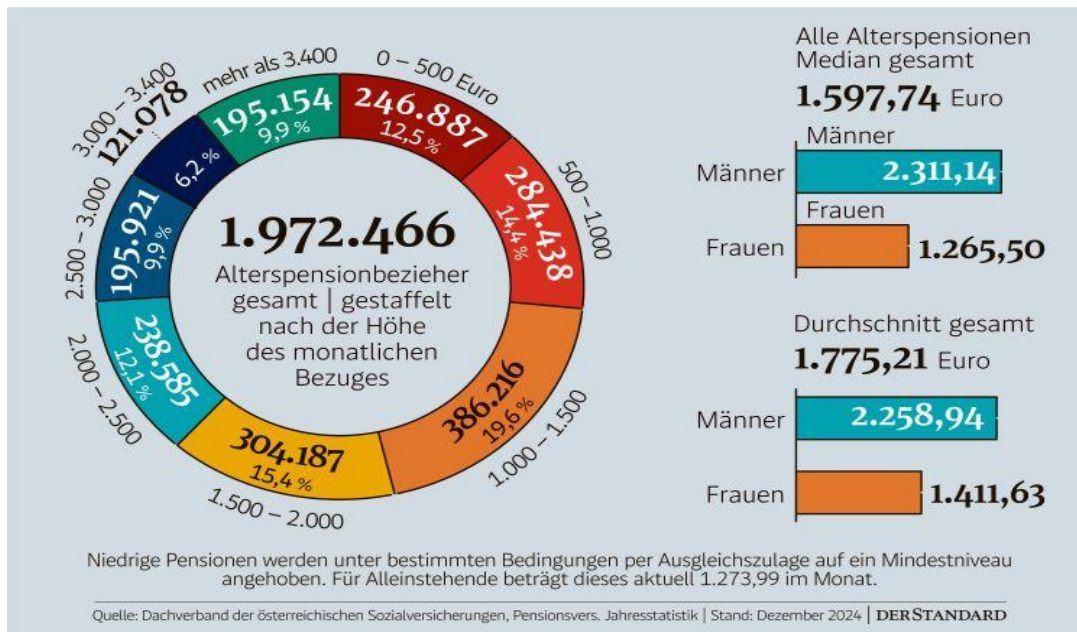
"Populistisch", nicht sozial. Aushebelung Versicherungsprinzip!

Unter diesem Titel fasste DER STANDARD den Pensions-Beschluss zusammen.

Die Regierung erwarte sich durch diese Maßnahme **Budget-Einsparungen von rund 350 Millionen Euro im Jahr 2026** und insgesamt 1,4 Milliarden Euro bis zum Ende der Legislaturperiode, so die NEOS.

Wie man in obiger Graphik gut erkennen kann, legten die niedrigeren Pensionen dank diverser Sondererhöhungen (teilweise vor Wahlen) in den vergangenen Jahren deutlich stärker zu als der gesetzliche Anpassungswert vorgeschrieben hätte. **Walter Pöltner**, der Ex-Chef der Alterssicherungskommission, nannte daher das Vorgehen der Regierung in den Salzburger Nachrichten „populistisch und nicht sozial“. Denn wer viel leiste und einzahle, werde nicht belohnt. Damit werde das **Versicherungsprinzip untergraben**. Das betrifft laut folgender Graphik immerhin **538.153 Pensionisten, die mehr als 2.500 Euro Pension erhalten**.

Hier ist ein Ansatzpunkt für Ihr Beratungsgespräch!



Graphik: Dachverband der österreichischen Sozialversicherungen, Der Standard

Die Babyboomer kommen: Demographischer Wandel bringt Generationenvertrag unter Druck

Experten wie Erhard Prugger warnen vor der langfristigen Unfinanzierbarkeit des Pensionssystems. Prugger war Leiter der Sozial-, Gesundheits- und Rechtspolitik in der Wirtschaftskammer Oberösterreich und leitete auch den Landesstellen Ausschuss der AUVA. Im KURIER-Interview legte er die Zahlen auf den Tisch: **Bis 2035 werden rund 1,9 Millionen Babyboomer in Pension gehen.** Diese demografische Welle werde das System weiter stark belasten. Schon heute zahle der Staat ein Drittel der Pensionen direkt aus dem Budget, was jährlich rund 30 Milliarden Euro ausmache. Gleichzeitig hätte Österreich die dritthöchsten Pensionen Europas und eine durchschnittliche Pensionsdauer von 22 Jahren (1970: 9 Jahre). Um diese Herausforderungen zu meistern, fordert Prugger eine automatische Anpassung des Pensionsantrittsalters an die Lebenserwartung, wie sie bereits in über zehn EU-Staaten praktiziert werde. Und er sieht die Gefahr, dass der Generationenvertrag aufgekündigt werde: „Die Babyboomer sind auf Rosen gebettet, die unter 40-Jährigen werden die Dornen spüren.“

Die Diskussion um die **Nachhaltigkeit des Pensionssystems** gibt es schon viele Jahre, weil mittlerweile der größte Ausgabenblock im Budget des Staates Österreich in die Defizit-Abdeckung des staatlichen Pensionssystems fließt. Jahr für Jahr. Zu dieser finanziellen Komponente kommen nun auch gesellschaftspolitische Bedenken. Der **Generationenvertrag** – das Versprechen, dass die arbeitende Generation die Pensionen der Älteren finanziert und später selbst versorgt wird – gerät ins Wanken. Wenn die demografische Entwicklung anhält und keine strukturellen Reformen erfolgen, droht langfristig eine „Volkspension“ für die Jungen: Eine staatlich garantierte, aber deutlich reduzierte Altersversorgung. Darüber, dass die Jungen das derzeitige Pensionssystem und seine Ausprägungen kritisieren, berichten wir nicht zum ersten Male, [hier zum Nachlesen...](#)

Und weiter **zur Volkspension**: „Sie wird mit der Pension, die wir bekommen, nicht vergleichbar sein. Hannes Androsch hat gesagt, die Pensionen sind dann sicher, wenn das Budget sie bezahlt. Das Budget ist aber Not leidend. Die Pensionshöhe wird ebenfalls ein Thema werden, nicht heute, nicht morgen, aber die Diskussion wird kommen. 2035 ist jeder Dritte ein Pensionist“.

Und er zählt die Optionen auf, die es gebe: „Länger arbeiten, weniger Pension und höhere Beiträge. Höhere Beiträge könne man de facto ausschließen, weil wir Lohnnebenkosten und Sozialversicherungsbeiträge haben, die zu den Höchsten in Europa zählen. Man müsste sie eigentlich senken. Generationenvertrag heiße, dass man auch auf die Jungen schauen muss. Solidarität muss über Generationen hinweg sein“. So der Experte Prugger im KURIER.

Tipp und Handlungsauftrag für Sie als Beraterin, als Berater: Aufklärung und Vorsorge

Die staatliche Pension allein wird künftig nicht ausreichen, um den Lebensstandard zu sichern. Die zweite und dritte Säule – betriebliche und private Vorsorge – müssen gestärkt werden. Steuerliche Anreize und transparente Modelle sind notwendig, um die Attraktivität zu erhöhen.

Ein **Blick ins Pensionskonto** kann dabei helfen, die persönliche Vorsorgesituation Kunden zu analysieren. Seit 2014 ist das Konto für alle **ab dem Jahrgang 1955 online einsehbar**. Es zeigt die jährlichen Teilgutschriften (1,78 % der Beitragsgrundlagen) und die daraus resultierende Gesamtgutschrift, die bei Pensionsantritt die Berechnungsbasis bildet. Dennoch nutzen bisher **nur rund 600.000 Personen aktiv** diese Möglichkeit über sieben Millionen aktiven Pensionskonten.

Nutzen Sie als Beraterin, als Berater dieses Tool. Steigen Sie mit Ihren Kundinnen Kunden ein, um realistische Pensionszahlen zu erhalten und den Bedarf für private oder betriebliche Vorsorge mit individuellen Zahlen zu unterlegen. Dann fällt es den Kunden leichter zu beurteilen, ob die ausgewiesene staatliche Pension reicht, um den gewohnten Lebensstandard in der Pension aufrecht zu erhalten.

Graphik: KURIER

Quellen und Weiterlese-Links:

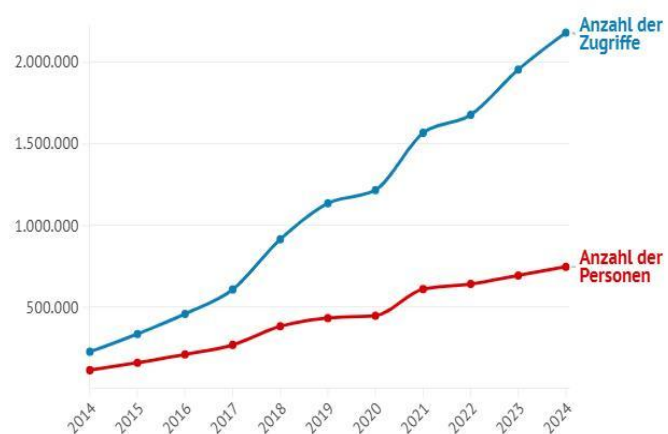
- <https://www.sozialministerium.gv.at/Themen/Soziales/Sozialversicherung/Pensionsversicherung/Pensionserh%C3%B6hung.html>
- <https://www.derstandard.at/story/3000000287427/regierung-passt-pensionen-bis-2500-euro-im-monat-voll-an-die-inflation-an>
- <https://kurier.at/politik/inland/umfrage-pensionen-zweitgroesste-sorge-oesterreicher-18-bis-30-jaehrige/402860335>
- <https://kurier.at/chronik/oberoesterreich/pension-oesterreich-babyboomer-junge/403069963>
- <https://kurier.at/politik/inland/pension-konto-oesterreich-ruhestand-schumann-zahlen-pensionsalter-wie-viel/403059747>
- <https://kurier.at/chronik/oberoesterreich/pension-oesterreich-babyboomer-junge/403069963>
- <https://www.wifo.ac.at/publication/270945/>

Zugriffe auf das Pensionskonto



Ihrer

Die Grafik zeigt die Entwicklung seit 2014. Heuer (bis inklusive 30. 6. 2025) haben **616.899 Personen 1.553.758 Mal** auf Pensionskonten zugegriffen.



KURIER-Graphik: CB/MPO | Quelle: Sozialversicherung, Stand 30. 6. 2025

* A Flourish chart

– bei
und